Zur internationalen sicherheitspolitischen Lage
Stand 15.05.2017

Inhalt:

		Seite
1.	Entstehung einer neuen Weltordnung und die Erfordernisse für einen nachhaltigen Frieden	1
2.	Entwicklung der Machtverhältnisse und Machtstrukturen.	2
2.1.	Die Macht der Ökonomie	2
2.2.	Politik	3
2.2.1	Innenpolitik	3
2.2.2	Außenpolitik	3
2.3.	Militärische Macht	4
2.4.	Der Kampf um die Macht	4
2.4.1.	Die Machtpolitik der USA	5
2.4.2.	Die Machtpolitik der Russischen Föderation (RF)	5
2.4.3.	Die Machtpolitik der Volksrepublik China (VR Ch)	6
2.4.4.	Die Bildung einer von den USA abhängigen Zweitmacht – Europa	6
2.4.5.	Weitere Gebiete des Machtkampfes	7
3.	Die Entwicklung der Waffentechnik und Arten der Kriege	8
3.1	Die Waffenentwicklung	8
3.2.	Über den Hybridkrieg	8
4.	Der Kampf um die Köpfe	9
4.1.	Feindbilder	9
4.2.	Der Angriff auf das eigenständige Denken	9
4.3.	Falschmeldungen oder Lügen	10
5.	Der Erhalt des Friedens ist die Hauptaufgabe	10
5.1.	Vorschläge für ein Friedensprogramm der Partei DIE LINKE	10

1. Die Entstehung einer neuen Weltordnung und die Erfordernisse für einen nachhaltigen Frieden

Wir leben in einer Zeit mit latenter Kriegsgefahr. Krieg in Europa und Vorderasien, also in der unmittelbaren Umwelt unseres Erdteils sind Normalität geworden. Häufig entwickeln sich neue Gefahrenherde. Das prägt auch die internationale Lage. Was sind die wesentlichen Ursachen dafür? Sie ergeben sich aus dem Übergang zu einer neuen, einer multipolaren Weltordnung. Dieser Übergang vollzieht sich infolge der prinzipiellen Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der USA und der westlichen kapitalistischen Welt. Die USA sind bemüht, ihre Rolle als Weltmacht Nr.1 aufrechtzuhalten. Die entscheidenden Entwicklungstendenzen vollziehen sich im asiatisch-pazifischen Raum, in den aufstrebenden Staaten, der VR China, ja im Gesamtbereich der BRICS – Staaten. Dieser Prozess wird sich über längere Zeit erstrecken, evt. über Jahrzehnte. Er wird begleitet von widersprüchlichen Interessen, deren Auflösung auch zu gefährlichen Situationen führen kann. Vor uns steht damit die Aufgabe, den Frieden zu erhalten, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.
Die Wertung des Gefahrenpotentials wird auch sichtbar durch die in der letzten Zeit vollzogene Neuordnung der sicherheitspolitischen Grundlagen (Doktrinen) in fünf wichtigen Mächten (USA, China, Russische Föderation, BRD, Japan).
Außerdem bilden sich wahrscheinlich weitere „Kräftezentren“ [1]. Möglich sind das:
Indien, die Eurasische Union (Russische Föderation u. weitere Staaten), evt. die EU.

[1] Begriff von Frau Merkel auf dem Treffen der Gruppe junger CDU/CSU Bundestagsabgeordneter April 2016. 1

Wobei die Eurasische Union und die EU mehrstaatliche Gebilde darstellen.
Als besondere Gefahrenherde werden betrachtet:
- die Politik der USA und der NATO-Staaten zur „Eindämmung“ Russlands, besonders in den geostrategischen Richtungen der so genannten „Ostfront“ und der „Südfront“, sowie der Eingrenzung von Staaten, die als Interessenzonen der RF gelten,
- der euro-asiatischen Raum - als strategischer Ausgangsraum in alle Himmelsrichtungen und zu Rohstoffvorkommen;
- der nahe und mittlere Osten im Sinne von Rohstoffquellen und als Ballungsgebiet religiöser und unterschiedlicher politischer Interessen (Israel, arabische Bevölkerung, Interessen der ehemaligen Kolonialstaaten, Saudi Arabien) sowie als strategischer Ausgangspunkt in die Ost-, Nord- und Westrichtung;
- Seewege, Meerengen zwischen Atlantik und Pazifik, dem Indischen Ozean und dem europäischen Raum, das Südchinesische Meer, die Nordpassagen;
- politische und wirtschaftliche Probleme, wie Wirtschaftskrieg, Cyberkrieg, Flüchtlingsströme sowie unterschiedliche Arten eines Hybridkrieges.

Aktuelle Gefahr ergab sich aus dem Kampfstoffeinsatz in Syrien. Schnell wurde der Schuldige benannt – der syrische Staatschef, natürlich mit russischer Unterstützung. Dem russischen Vorschlag nach einer gründlichen Aufklärung wich man aus. Die zuständige UN-Organisation OPCW legte am 04.04.17 ihren Bericht vor, der die Verantwortung der „bewaffneten Opposition“ für diesen Angriff belegte, die WHO bestätigte das. Der Präsident der USA ordnete am 08.04.17 einen Raketenschlag gegen einen syrischen Luftwaffenstützpunkt an. Dieser Angriff war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Bundeskanzlerin beeilte sich mit einer positiven Wertung. Es ist dem besonnenen Verhalten Russlands zu verdanken, dass sich daraus keine militärischen Handlungen beider Großmächte entwickelten. Die Gefahr für einen Krieg ist allerdings nicht zu übersehen.
Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass langfristig nicht vorhersehbare Probleme mit bewaffneten Auseinandersetzungen als Folge entstehen können.
Die Geheimdienste der USA und der BRD und die Führungsspitze der US-Armee gehen von möglichen unmittelbaren Zuspitzungen der Situation aus.

2. Entwicklung der Machtverhältnisse und Machtstrukturen.

2.1. Die Macht der Ökonomie

2.1.1. Wirtschaft
In wenigen Jahren wird die VR Ch die USA bei der Kennziffer BIP überholen. *Stand 2015:*
VR Ch. 11.387 Mrd. USD, (Wachstumsraten – zwischen 6-7 %)
USA 17.965 Mrd. USD (Wachstumsraten ca. 2 %).
Auf wesentlichen Gebieten entspricht der technologische Stand der Produkte Chinas dem des Westens. Der Zuwachs des BIP der BRICS – Staaten der letzten zehn Jahre liegt wesentlich über dem der kapitalistischen Staaten *(BRICS-Staaten 3,37 %, EU – 1,14 %)*[2]. Das derzeitige Ringen um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA stellen eine Art Wirtschaftskrieg dar. Der endgültige Standpunkt der USA ist noch nicht klar. Die Problematik der Kennziffer BIP ist bekannt. Als Vergleich zwischen Staaten ist zunächst das damit ausgedrückte wirtschaftliche Gesamtprodukt von Bedeutung. Zunehmend wird auch die Digitalisierung (oft als Industrie 4.0. bezeichnet) an Einfluss auf die Produktion und das private und gesellschaftliche Leben gewinnen. Sie kann auch das

[2] Die Angaben zur wirtschaftlichen Situation entstammen einem Material des Ministeriums für Wirtschaft.

unterschiedliche Entwicklungstempo von Staaten oder Staatengruppen beeinflussen.
Gleichfalls ergeben sich Gefahren aus den ständigen Exportüberschüssen der BRD. Überschüsse eines Staates bedeuten Schulden der anderen. Diese Politik, über mehrere Jahre betrieben, führt zu politischen Abhängigkeiten, Widersprüchen in zwischenstaatlichen Beziehungen.

2.1.2. Finanzen und Bankwesen

Chinas Reserven an US-Dollars erreichen in etwa die Höhe eines Jahreshaushalts der USA. Im internationalen Finanzwesen gewinnt die chinesische Währung zunehmend an Bedeutung (IWF-Anerkennung als Leitwährung, Bildung der Asiatischen Investitions- und Entwicklungsbank, die BRD ist Gründungsmitglied). So werden wesentliche Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen. In der Finanzwelt treten neue Kräfte auf den Plan, die über Billionen USD verfügen. Es sind die Gelder der Anleger in Vermögensverwaltungen. Gebündelt ergeben sich gewaltige Summen. Diese neuen Größen auf den Finanzmärkten sind noch weitgehend unbekannt, sie handeln im Hintergrund, bisher nur passiv. Es gab in der Geschichte jedoch keinen Fall, wo die Konzentration riesiger Geldmassen nicht aktiv Produktion und Politik beeinflussten, um dort Macht auszuüben. Das kann gefährlich werden.

2.2. Politik:

2.2.1. Innenpolitik

In der RF und in der VR Ch ist anhand demoskopischer Ergebnisse eine Festigung der innenpolitischen Stabilität zu beobachten. In Russland war, besonders während kritischster Situationen im Zweiten Weltkrieg, aber auch in historischer Hinsicht stets eine Stärkung des Patriotismus zu verzeichnen. In China wurden besonders durch die wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten hunderte von Millionen Menschen aus der Armut geholt. Das ist ein Potential! In beiden Staaten ist ungeachtet vorhandener Probleme eine innere Stabilität zu verzeichnen. Besonders bei den Präsidentenwahlen in den USA und in Frankreich zeichnet sich eine innere Zwietracht ab. Zusehends entwickeln sich Probleme durch die gravierende politische und soziale Differenz zwischen Arm und Superreich. Aber auch in der Bundesrepublik vergrößert sich die Differenz zwischen Arm und Reich. Das sind keinesfalls Zeichen innerer Stabilität.

2.2.2. Außenpolitik

Die USA haben seit ihrer Niederlage gegen Vietnam, mit Ausnahme des Krieges gegen Grenada, keinen Krieg gewonnen. Die Lage wird außerdem charakterisiert durch Hegemonialpolitik, durch erfolglose Außenpolitik. Dadurch ist das außenpolitische Ansehen der USA gesunken. Das internationale Ansehen und die Wirksamkeit der Außenpolitik der RF und Chinas (Beispiele: Syrien, Iran) dagegen stieg. Auch wenn die hiesigen Medien ein anderes Bild vermitteln. Die RF verkündete am 02.12.2016 eine neue „Konzeption der Außenpolitik“. Diese ist grundsätzlich auf die Erhaltung des Friedens und auf Wege der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, ja auch mit den NATO-Staaten orientiert. Dabei werden jeweils die konkreten Interessen der RF benannt. Die vorausschauende Außenpolitik wirkt zur Verminderung des Konfliktpotentials und damit der Kriegsgefahr. Seitens der Bundesregierung waren darüber bisher keine Reaktionen zu vernehmen. Eine weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung der BRICS-Staaten (durch China und die RF gefördert) ist zu erwarten, Rückschläge sind jedoch nicht auszuschließen.
Die vom Westen verhängten Sanktionen gegen die besonders auf Erdölexport orientierte RF haben diesem Land geschadet - keine Frage. Sie sind noch nicht überwunden. Andererseits haben die Sanktionen in der russischen Wirtschaft offensichtlich erfolgreiche Anstrengungen zur Gestaltung der Produktion mit eigenen Bauelementen, Geräten und technischen Lösungen stimuliert. Im

Ergebnis entwickelt sich schrittweise ein vom Westen unabhängiger Zweitmarkt.

Diese Sanktionen führten zum Nachteil der an den Sanktionen beteiligten Staaten. Es betrifft die Wirtschaft insgesamt, jedoch mit unterschiedlicher Wirkung. Aus der Entwicklung des BIP zwischen 2014 und 2016 ergibt sich:

Russland -36,9 %; EU-Staaten -11,8 %; USA +9,3 %.

2.3. Militärische Macht:

Eindeutig ist festzustellen – die USA verfügen über die personell und militärtechnisch stärkste Militärmacht. Diese werden sie auch einsetzen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht, auch unter Nutzung fadenscheiniger Begründungen (Irak, Afghanistan). In den letzten zehn Jahren verwandten die USA für den Militärhaushalt[3] etwa das 13-Fache an USD wie die RF. Die russische Armee befindet sich noch im Stadium des Wiederaufbaus. Eine Reihe neuer Waffensysteme zeigt die Effektivität ihrer Entwicklung (siehe Syrien). Nach russischen Angaben kamen dort Erprobungsgeräte besonders zur elektronischen Störung und „Blendung" gegnerischer elektronischer Waffensysteme zum Einsatz. Im Westen wie im Osten werden neue Waffen entwickelt. Insgesamt steht jedoch die Frage: „Stehen wir vor einem neuen Wettrüsten?" Gleichzeitig bestehen Gefahren für die weitere Umsetzung der Abrüstungsbeschlüsse.
In der breiten Öffentlichkeit zeigt sich, den derzeitigen Schwerpunkt der Auseinandersetzungen bildet Russland. Warum?
Hier sind zwei geostrategische Richtungen zu beachten:
Die NATO hat sich Schritt für Schritt bis an die Grenze der RF erweitert. Hier ist mitunter auch der Begriff „Ostfront" zu vernehmen. Die Verlegung von Kampftechnik und Soldaten in unmittelbare Nähe der russischen Grenze durch die USA und weitere NATO-Staaten stellt eine gefährliche Zuspitzung, eine Konfrontation dar.
Die „Südfront" gegen Russland ergibt sich aus Brzezinskis[4] Orientierung „wer über den Eurasischen Raum verfügt – beherrscht die Welt". Die USA realisieren dieses Konzept (Irak, Afghanistan, aber auch Bulgarien, Rumänien, Georgien, Syrien u. a. gehören dazu).
In Abkehr von den Grundsätzen der Helsinki-Konferenz: „Die eigene Sicherheit ist nur bei Gewährleistung der Sicherheit des Gegners zu haben", wurde bereits auf dem NATO-Gipfel in Prag die Osterweiterung des Bündnisses beschlossen. Auch die Stationierung der Bundeswehr auf lange Zeit in Kundus (Ministerin v.d. Leyen) ist unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten.

2.4. Der Kampf um die Macht

Der Kampf um die Macht bei der Errichtung der neuen multipolaren Weltordnung wird im Wesentlichen durch die Interessenlage der beteiligten Staaten oder Staatengruppen bestimmt. Es bilden sich mehrere Pole, die Kräfte- und Machtverhältnisse ändern sich. Dabei entstehen jeweils unterschiedliche Interessen, deren Umsetzung mit unterschiedlichen Mitteln angestrebt wird. Staaten, die an Macht oder Kraft verlieren, haben andere Interessen, als die, die an Macht gewinnen. Leider zeigt sich in der Gegenwart, dass auch Gewaltanwendungen oder Drohungen nicht ausbleibt. Die Erhaltung des Friedens gewinnt immer stärker an Bedeutung.
Zur Zeit ist in Europa der Ausbruch eines weltweiten offenen (bewaffneten) Krieges wenig wahrscheinlich, aber die Unberechenbarkeit der Führung der USA, die Machtbestrebungen der NATO-Staaten, die Rechtsentwicklung tragen Gefahrenpotential in sich, dem entgegenzutreten ist.

[3] Siehe SIPRI-Berichte
[4] Bedeutender US-Geostratege, 1997: Die einzige Weltmacht/Amerikas Strategie der Vorherrschaft

2.4.1. Die Machtpolitik der USA

Das Interesse der USA konzentriert sich im Wesentlichen auf die Erhaltung der Position Weltmacht Nr.1, bei gleichzeitiger Niederhaltung möglicher Konkurrenten. Als Mittel dazu dient vorwiegend die Militärmacht. Die Wahllosung eines Mister Trump „Amerika first" ist letzten Endes die Erkenntnis der sinkenden Rolle der USA.

Als wichtiges Potential zur Sicherung der Rolle der USA wurden bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges internationale Bündnisse/Blöcke gebildet (NATO, SEATO usw.). Diese Blöcke bestehen bis heute, im Wesentlichen mit der gleichen Aufgabe, wie bei ihrer Bildung. Dabei wurde die Stoßrichtung gegen den Sozialismus ersetzt durch geopolitische Auseinandersetzungen der USA und der NATO vor allem mit der RF und der VR Ch.

Die Staatsschulden der USA 2016 übersteigen das BIP des gleichen Jahres.

Die USA haben bei ihrer Machtausübung offensichtlich gewisse Grenzen erreicht: „ Die USA signalisieren - im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiv und sein Anspruch an die Partner … höher sein wird."[5]

Dem „selektiven Engagement" wären wohl zuzuordnen:

- die Durchführung einer Reihe kleinerer Kriege oder Stellvertreterkriege in den Interessensphären potentieller Gegner, selbst, wenn anstelle eines militärischen Erfolgs „nur" ein Chaos entsteht;
- der ständige Einsatz des vorhandenen militärischen Potentials (auch als Drohpotential) in oder an den Interessensphären der potentiellen Gegner;
- die Anwendung verschiedener Methoden des Hybridkrieges, die Methode des "Regime Change".

Die steigende Anzahl von Kriegseinsätzen der Bundeswehr belegt die Bereitschaft der Bundesregierung, dem „höheren Anspruch" der USA gerecht zu werden.

Auch der neu gewählte Präsident der USA geht von der selbst definierten Weltmachtposition Nr.1 der USA Gefahr aus. Bisher konnte man kein Konzept zur Sicherheitspolitik der USA, sondern nur einzelne Äußerungen bzw. Entscheidungen unterschiedlicher Richtung erkennen. Leider jedoch nichts über friedliche Zusammenarbeit oder über die Erhaltung des Friedens. Die Wege, die Trump in der Militär- und Sicherheitspolitik beabsichtigt zu gehen, sind noch unklar, kaum vorhersehbar. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Prioritäten - Machterhalt, bzw. Stärkung der Macht und Maximalprofit - erhalten bleiben. Seit Amtsantritt des Präsidenten Trump verschärfen sich die Positionskämpfe in den USA, die auch sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Gleichfalls können zwischenstaatliche Beziehungen (NATO, Europa) zu Veränderungen führen, deren Konsequenzen kaum vorauszusehen sind. Erst Handlungen der USA werden die Realität erkennbar machen. Die Gefahr für die Erhaltung des Friedens besteht nach wie vor.

2.4.2. Die Machtpolitik der Russischen Föderation (RF)

Die RF stellt auch weiterhin eine Großmacht dar. Ihr Interesse dürfte darin bestehen, diese Position zu erhalten und auszubauen, die begrenzten Mittel vorrangig zur Stärkung ihrer Wirtschaft zu nutzen und auf dieser Basis schrittweise auch den Wiederaufbau des Militärs zu sichern. Daraus kann kein Interesse an der Entfachung eines Kriegs abgeleitet werden.

Der Aufbau der eurasischen Wirtschaftsunion kann bei der Verwirklichung ihrer Ziele hilfreich sein. Militärisch schloss die RF 2002 ein kollektives Bündnis mit Kasachstan, Armenien, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland (Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit - OVKS)

[5] Studie Neue Macht – Neue Verantwortung der regierungsnahen Einrichtungen: Stiftung Wissenschaft und Politik der BRD und des German marshall Funds of the United States; S. 5

ab. Die bereits seit den 90er Jahren bestehende GUS ist zwar nicht aufgelöst, sie ist jedoch nicht mehr wirksam. Besondere geostrategische Interessen sind außer der Sicherung der Westgrenze eine aktive Beteiligung am chinesischen „Seidenstraßenprojekt“, der Ausbau der Infrastruktur der Energiequellen und im östlichen und nördlichen Raum (eisfreie Nordpassage). Die RF betreibt eine aktive Außenpolitik zur Wahrnehmung ihrer Interessen und zur Sicherung des Friedens. Die bereits erwähnte neue Konzeption der Außenpolitik der RF beinhaltet als zentrales auf die Zukunft gerichtetes Anliegen die Ausarbeitung der Grundlagen für die neue multilaterale Weltordnung. Russland bietet dabei Partnerstaaten eine abrechenbare Basis für die Gestaltung einer langfristigen und stabilen Zusammenarbeit. Das ist besonders für die kritische Situation mit der Ukraine, dem mittleren und nahen Osten von Bedeutung. Hohes Interesse ist auch für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und weiteren Staaten Europas abzuleiten.
In der letzten Zeit ist ein Ausbau der Zusammenarbeit mit China erkennbar, jeweils bei Wahrung eigener Interessen.
Die Angliederung der Halbinsel Krim an die RF und die Ukraine-Politik der RF stellen Antworten auf die NATO-Osterweiterung und das Agieren der USA dar. Die RF betrachtet die Lösung der Probleme in der Ostukraine als innerpolitische Aufgabe der Ukraine.

2.4.3. Die Machtpolitik der Volksrepublik China (VR Ch)
Das entscheidende Interesse Chinas besteht in einer friedlichen Entwicklung und darin, die USA bei der Kennziffer BIP zu überholen und somit Wirtschaftsmacht Nr. 1 bei gleichzeitiger Stärkung ihres politischen Ansehens im Weltmaßstab zu werden. Dieser Weg wird zielstrebig verfolgt. China führt eine aktive Außenpolitik, ohne Großmachtbestrebungen gegenüber Partnern auszuüben, das bringt Anerkennung. Das Potential der VR Ch, besonders der Bevölkerungszahl ist beträchtlich und führt zu wirtschaftlicher, politischer und militärischer Stärke. Einen besonderen Schwerpunkt legt China auf die langfristige Gestaltung von Grundlagen der neuen Weltordnung, konkret auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. So entsteht mit dem Seidenstraßenprojekt eine viel gefächerte Infrastruktur unter Einbeziehung der Anrainerstaaten als Basis für eine weltweite wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Es ist ein Völker und Volkswirtschaften verbindendes Projekt. Probleme des Freihandels sind Bestandteil des Projekts, sie dienen nicht, wie z. B. TTIP oder CETA einzelnen Staaten oder Konzernen. Die Anwesenheit der Staatschefs der interessierten Staaten an der Auftaktkonferenz in Peking bestätigt das große Interesse. Staaten, die dieses Herangehen als weniger wichtig erachten, waren nur auf niederer Ebene vertreten. Sie stellen sich somit von Beginn an freiwillig in die zweite oder dritte Reihe. China nutzt seine umfangreichen Dollarreserven zum Aufbau dieser weltweiten Infrastruktur zu Lande und zu Wasser.
Aus dieser Politik ist kein Interesse an einem Krieg abzuleiten. China benötigt zur Realisierung seiner Ziele Frieden.
Probleme der Sicherheitspolitik Chinas ergeben sich aus Nordkoreas Macht- und Drohpolitik und den jeweiligen Beziehungen zu Taiwan, Japan und Vietnam. Deren Lösung sieht China scheinbar sehr langfristige, mit kleinen Schritten und bei Vermeidung internationaler Spannungen.
Die militärischen Aktivitäten des Landes sind vorwiegend auf die Sicherung des Territorium und der unmittelbaren Interessenszonen gerichtet.

2.4.4. Die Bildung einer von den USA abhängigen Zweitmacht – Europa
Das **Weißbuch der Bundesrepublik 2016** enthält einen Abschnitt über die Multipolarität. Dort findet man die Aussage, dass die USA auch weiterhin die internationale Sicherheitspolitik prägen, sich dabei vermehrt auf ihre Partner in Europa stützen. Das stimmt mit der Orientierung der Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung“ überein.

Gestützt auf diese Studie ist das Streben zu eine Rolle der Bundesrepublik als „Führungsmacht“ zu erkennen. Im Weißbuch 2016 wird das auch wahrgenommen, dazu heißt es:
„Deutschland ist bereit … Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.“[6]
Also, die Bundesrepublik orientiert auf eine Hegemonialmacht in Europa. Die Frau Ministerin v.d. Leyen wiegelt etwas verschwommen ab: „Führung aus der Mitte heraus“.
Damit beabsichtigt die Bundesrepublik außer der bestehenden ökonomischen Führungsrolle sowie der in der EU bereits praktizierten politischen Führungsrolle nun auch bei dem dritten Machtfaktor, der militärischen Macht, die Führung zu übernehmen. Die Geschichte unseres Landes zeigt, welche Gefahren damit verbunden sein können.
Das ist im Sinne einer Führungsrolle in der EU zu verstehen, einer Art „Regionalmacht“ der BRD für Europa mit Anspruch auf eine weltweite Gestaltungsmacht.
Die Europäische Union befindet sich zur Zeit in einer kritischen Situation, die teilweise auf die Politik der BRD zurückzuführen ist: Großbritannien tritt aus dieser Union aus, die „Südstaaten“ wehren sich gegen die Austeritätspolitik und bilden eine gesonderte Gruppierung, Durch die Absicht ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten zu bilden, fühlen sich die nicht einbezogenen Staaten benachteiligt, aufkommende Rechtsentwicklung und überzogener Nationalismus hemmt eine Reihe Entwicklungsvorhaben. In den Staaten der EU besteht eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche Situation (Arbeitsproduktivität, Arbeitslosigkeit, wissenschaftlich-technischer Stand). Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten klaffen weit auseinander.
Die weitere Entwicklung der EU hängt ab von der friedlichen Entwicklung, von einer weitgehenden Gleichheit der Wirtschaftsentwicklung der Teilnehmerstaaten, von der Demokratieentwicklung der EU, davon, wie die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit dem natürlichen Partner Russland organisiert wird und davon, wie sich die EU von den USA „abnabeln“ wird.

Immer stärker wird die europäische Sicherheits- und Außenpolitik ins Spiel gebracht. Der zur Zeit präventierte Aufbau einer Europaarmee stellt keine Priorität dar, er dient vorwiegend der BRD, um ihre militärische Führungsrolle auszubauen.

Die Zusammenarbeit der USA mit der BRD und damit auch der EU wird nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten wahrscheinlich neu definiert.

2.4.5. Weitere Gebiete des Machtkampfes

Der Aufbau der neuen Weltordnung wird ebenfalls durch die Entwicklung im „Hinterhof“ der USA, d. h. in Südamerika, und die Entwicklung in Afrika (Militäreinsätze europäischer Staaten, darunter BRD in Mali) beeinflusst. Die auftretenden Flüchtlingsströme haben ihre Ursachen, die in den reichen Staaten liegen. Diese Ursachen werden jedoch nicht beseitigt.
Eine hohe Gefahr für die nationale und internationale Sicherheit entsteht durch die Rechtsentwicklung und die nationalistischen Bestrebungen in einer Reihe europäischer und weiterer Staaten. Ursachen dafür sind weitgehend in den Krisen und der Ausweglosigkeit zur Lösung anstehender politischer und wirtschaftlicher Probleme zu suchen.

3. Die Entwicklung der Waffentechnik und Arten der Kriege

[6] Weißbuch S. 22

3.1. Die Waffenentwicklung

Die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bezieht sich ebenfalls auf die Waffenentwicklung. Das betrifft vorwiegend die im Weltraum gestützten Waffen, die IT-Technik, die Elektronik insgesamt, betrifft aber auch das Verhältnis Mensch und Waffen bzw. Mensch und Vernichtung. Technische Mittel sind in der Lage mit relativ geringem Aufwand und in kurzer Zeit das Kräfteverhältnis zu verändern.
Kernwaffen bleiben nach wie vor die größte Gefahr für das Bestehen der Menschheit. Die Mittel und Möglichkeiten zur Verhinderung eines Kernwaffenangriffs in „letzter Minute“ (Rotes Telefon, Warnsysteme) bestehen nicht mehr bzw. sind durch die technische Entwicklung überholt. Durch die Erhöhung der Waffenwirkung am Ziel herkömmlicher Waffen einerseits und der Verringerung der Kernwaffenwirkung am Ziel andererseits wird der Unterschied der Folgen zwischen beiden Varianten verwischt. Der Übergang zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg wird technisch vereinfacht.
Automatische Waffenroboter, vom Menschen unabhängiger künstlicher Intellekt und Drohnen führen zur automatischen Tötung von Menschen. Das wiederum zerstört die Grundlagen für internationale Gesetzeswerke der Kriegsführung (Genfer Konvention). Der Einsatz solcher Waffen verringert die Verluste der eigenen Kräfte und damit die eigene Betroffenheit; die Entscheidung zur Kriegsführung trifft auf weniger Widerstand. Hier ist es dringend erforderlich, internationale Regelungen für die Anwendung derartiger Waffen zu Lande, in der Luft und zur See zu schaffen.
So genannte „Raketenschirme“ (so sie dann bestehen) können das strategische Kräfteverhältnis der Großmächte zerstören. Eingeleitete Gegenmaßnahmen befördern das Wettrüsten. Damit dienen angeblich reine Verteidigungsmittel dem Wettrüsten!
Die Bundeswehr bildet einen speziellen neuen Organisationsbereich für den Cyber- und Informationsraum. Damit wird diese Art der Kriegführung zum festen Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitung.
Insgesamt stellt die Waffenentwicklung, besonders im Zusammenhang mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben, eine ernste Gefahr für die Erhaltung des Friedens dar.

3.2. Über den Hybridkrieg

In der letzten Zeit taucht oft der Begriff des „Hybridkrieges“ auf. Eine exakte Definition dafür gibt es nicht. Lediglich aus der russischen Militärdoktrin sind bestimmte Gegenmaßnahmen zu erkennen. Mitunter taucht dort auch der Begriff „Soft Power“ auf. Clausewitz' Meinung, „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln,“ behält ihre Gültigkeit. Bestimmend sind in der Politik und bei Kriegen die Interessen. Diese könnten im Falle von Hybridkriegen darin bestehen, den angegriffenen Staat zu schwächen, die Möglichkeit der Staatsführung zu reduzieren oder auch zu behindern, bis hin zur Zersetzung des Staates. Nutzung verschiedener Möglichkeiten der Informationstätigkeit, Störung, Zerstörung oder Behinderung administrativer Zentren, der Infrastruktur oder der Versorgung, Einsatz bezahlter und von außen gesteuerter Gruppierungen, die beginnend von Demonstrationen, Zersetzungstätigkeit bis bewaffneten Handlungen eingesetzt werden. Letzten Endes sind sie auch vorgesehen, Handlungen für offene Kriege vorzubereiten. Eine stufenweise Steigerung verschiedener Methoden ist denkbar. Konfrontationen von außen, z. B. Stationierung von Truppen in Grenznähe, steigert die Wirkung. Die USA und weitere NATO-Staaten haben nach dem Ende der Blockkonfrontation mehrfach diese Kriegsart angewandt. In den meisten Fällen endeten sie im Chaos (Lybien) oder in Kriegen (Syrien), also mit Blutvergießen.

4. Der Kampf um die Köpfe

Die ideologische Beeinflussung der eigenen Bevölkerung und der eigenen Streitkräfte, aber auch die Einflussnahmen auf die Gegenseite waren seit jeher Bestandteil der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die englische Forscherin A. Morelli untersuchte Methoden der ideologischen Beeinflussung anhand mehrerer Kriege. Der erarbeitete Katalog belegt, dass nach wie vor die gleichen Regelungen genutzt werden: „Wir sind die Guten,"; „Der Gegner wendet verbotene Systeme und Methoden an, wir wehren uns nur mit erlaubten Mitteln." Die Liste lässt sich fortsetzen. Beispiele sind auch in der Presse und Politik der Bundesrepublik zu finden. Es ist erkennbar, die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, wie auch die Stimmung gegen Kriege insgesamt minimiert werden soll.
Besondere Schwerpunkte bilden dabei:

4.1. Feindbilder

In der jetzigen Situation konzentriert sich diese Seite der ideologischen Beeinflussung auf die Russische Föderation. Im Weißbuch heißt es: „Die RF wird auf absehbare Zeit ein Herausforderer für die europäische Sicherheit sein." Es folgt weiter die Doppelstrategie: „Wichtig ist im Umgang mit der RF die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und sektoraler Zusammenarbeit."[7]
Offensichtlich widerspiegelt sich hier auch das Interesse der Wirtschaft. Die Folgen der Wirtschaftssanktionen zeigen ihre Rückwirkung auf die deutsche Industrie.
Das Weißbuch enthält schwerwiegende Schuldzuweisung an Russland, konkret:
„ … die Erhöhung seiner militärischen Aktivitäten an den Außengrenzen der Europäischen Union und der NATO"[8]. Weiter: „ Wesentlich für den gemeinsamen Sicherheitsraum unseres Kontinents ist somit nicht die Konzeption einer neuen Sicherheitsarchitektur, sondern Respekt … und die Einhaltung bestehender und bewährter Regeln und Prinzipien." Also keinesfalls soll ein kollektives Europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands zugelassen werden.
Nicht die Provokationen der NATO an der russischen Grenze, nicht die Osterweiterung der NATO bilden die Ursachen der Spannungen, sondern die russische Gegenwehr.

4.2. Der Angriff auf das eigenständige Denken

Die meinungsbildenden Medien, wie auch die Politik, orientieren auf Sensationen, Nebensächlichkeiten, auf falsche Begriffe, oberflächliche Reportagen. Einseitige Orientierungen und zielgerichtete Kommentare runden das Bild ab. Der von der Politik sehr oft gepredigte Wertekanon widerspiegelt ein falsches Bild der Gesellschaft. Dort wird nicht die steigende Differenz zwischen Arm und Reich, sondern ein imaginärer Wohlstand behauptet. Der Begriff „Wert" bildet oft das Kriterium für die Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften, anstatt das „Anderssein" und damit auch andere Interessen zu akzeptieren.
Die viel gepriesene Demokratie endet für die Bevölkerung mit Abgabe ihres Stimmzettels. Eine solche Praxis führt dazu, dass die Masse auf Schlagworte hört, gleich, ob diese von äußerst rechter Seite vorgebracht werden, oder, wie in den USA einem Herrn Trump zum Wahlsieg verhelfen. In Zeiten der Vorbereitung von Kriegen und bei militärischen Handlungen werden falsche Bilder geschaffen, die zu falschen Schlussfolgerungen bei der Bevölkerung führen. Einzelfakten werden als allgemeingültig dargestellt, Hintergründe und Ursachen nicht erklärt oder nicht benannt.
Es reicht jedoch nicht, nur Fakten darzulegen, sondern das Denken auf die Ursachen zu konzentrieren.

4.3. Falschmeldungen oder Lügen

Besonders in der letzten Zeit wird viel über diese Kategorie der Informationen in sozialen

[7] WB S.31
[8] WB, S.32

Netzwerken geschrieben und Bestrafung der Autoren oder Netzbetreiber gefordert. Das ist vom Grundsatz her richtig, darf jedoch nicht zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen. Andererseits ist erforderlich, die geforderten Verbote, Kontroll-, oder Strafmaßnahmen auf die Politik und die meinungsbildenden Medien auszudehnen. Hier wird die Bevölkerung falsch informiert, damit zu falschen Verhaltensweisen u. a. auch zur unkritischen Haltung bei Kriegseinsätzen animiert. Die Auswirkungen können größer sein als die Wirkungen in sozialen Medien. Möglicherweise besteht hier das Ziel, die Antikriegshaltung der Bevölkerung zu brechen.

Insgesamt ergibt sich die Notwendigkeit, die Bereitschaft und das Vermögen zum Denken über gesellschaftliche Prozesse in enger Zusammenarbeit unserer Partei mit anderen auf die Erhaltung des Friedens orientierten Kräften zu erhöhen.

5. Der Erhalt des Friedens ist die Hauptaufgabe

Die Probleme, die beim Aufbau einer neuen multipolaren Weltordnung entstehen und die existierenden Gefahrenherde sind vielfältig. Sie werden oft verschleiert oder klein geredet. Es kommt darauf an, auftretende Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen. Ein weiterer Aufbau der militärischen Macht ist nicht der Weg dazu.

Der Partei DIE LINKE fällt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie wird in der Bevölkerung als einzige Antikriegspartei wahrgenommen. Die auf Parteitagen gefassten Beschlüsse entsprechen diesen Erfordernissen, eine Vielzahl von Genossen ist aktiv an konkreten Einzelmaßnahmen vor Ort beteiligt, die Fraktion der Partei im Deutschen Bundestag stimmt als einzige gegen alle Kriegseinsätze der Bundeswehr. Das sind bedeutende Signale.
Es reicht jedoch nicht zur Mobilisierung der Basis der Partei und zur Aktivierung ihrer Rolle beim gesamtstaatlichen Kampf um die Erhaltung des Friedens. Die Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens stellt gemeinsam mit dem Ringen um sozialen Fortschritt die Hauptaufgabe der Partei dar.

5.1. Vorschläge für ein Friedensprogramm der Partei DIE LINKE

In Anbetracht der existierenden Waffensysteme, der bestehenden Kriegsgefahr und der Gefahren für das Fortbestehen der Menschheit insgesamt ist eine Aktivierung des Kampfes zur Erhaltung des Friedens innerhalb der Partei, und auch in ihrer Wirkung nach außen, dringend notwendig.
Mit dem Ziel den Entwurf des Wahlprogramms der Partei zu unterstützen, sollte ein Friedensprogramm der Partei ausgearbeitet werden, welches die Phase des Übergangs von der unipolaren zur multipolaren Weltordnung, des Bestehens sowie die Ausarbeitung der Grundlagen der künftigen multipolaren Weltordnung erfasst. Damit kommt auch die Rolle der Partei als Kraft der Zukunft zum Tragen.
Es wird folgende Gliederung vorgeschlagen:
1. Forderungen der Partei DIE LINKE an die führende politische Schicht der BRD und die Regierung.
Ausgehend von den Lehren der Vergangenheit unter Nutzung des starken politischen und wirtschaftlichen Potentials der BRD und ihrer Stellung in Europa, sollten wir von ihr zur Erhaltung des Friedens einfordern:
- Die Wahrnehmung einer aktiven Rolle der Bundesrepublik als eine Art Mittler zur Lösung von Konflikten zwischen den Großmächten sowie zwischen Kräften, die eine Gefahr des Hinüberwachsens in große Kriege in sich tragen. Forderungen nach einer vorausschauenden friedenssichernden Außenpolitik.
- Die Bundesrepublik sollte Initiator für eine Art Gespräche, Verhandlungen und Übereinkommen wie Helsinki (Heksinki-2) sein. Die noch vorhandenen Ergebnisse von Helsinki

wie OSZE genügen nicht mehr den Anforderungen.
- Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr, Ablehnung von Waffenexporten, Ablehnung von Erhöhungen des Rüstungsbudgets.
- In der Perspektive das Eintreten für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands.
- Die Einflussnahme auf die Spitzengremien der EU in der gleichen friedenserhaltenden Richtung.

2. Vorschläge zur Aktivierung mit den auf die Erhaltung des Friedens orientierten Kräften der Bundesrepublik:
- Die Partei sollte stärker auf alle auf Frieden orientierten Kräfte zugehen und eine enge Zusammenarbeit anstreben, ohne eine Art Führungsrolle zu beanspruchen.
- Die Partei sollte als Initiator zur Stärkung der politischen Bildung und Aufklärung der Bevölkerung auftreten. Dazu ist vor allem erforderlich, die Ursachen von Kriegen und Spannungen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Besonders die derzeitige Instabilität des sicherheitspolitischen Konzeptes der USA erfordern immer wieder, die Zusammenhänge der Einzelfakten von den Ursachen zu erkennen.
- Die Partei sollte in Auseinandersetzung mit den die Meinung bildenden Medien, sozialen Netzwerken und politischen Kräften die tatsächlich vorhandenen Gefahren für die Erhaltung des Friedens offen benennen und rechtzeitig auf Kriegsgefahren hinweisen.
- Die Partei sollte für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zu Russland, zu den USA und zu allen Nachbarländern eintreten und „Russlandphobie“ und Hass gegen Nachbarn bekämpfen.

3. Vorschläge zur Aktivierung in der Partei:
Dazu ist eine breite Aktivierung der Partei, beginnend vom Bundesvorstand über die Landesvorstände bis zur Basis, notwendig. Der oft geäußerte Standpunkt: Für die Sicherheitspolitik ist die Fraktion zuständig, lenkt von den notwendigen Aufgaben ab.
- Der Bundesvorstand sollte Maßnahmen zur Aktivierung der friedenspolitischen Arbeit innerhalb der Partei, vor allem zum Verständnis über die Ursachen und Zusammenhänge der Entstehung von Konflikten und der damit verbundenen Gefahren für den Frieden einleiten.
- Die aktive Tätigkeit der Fraktion der Partei im Deutschen Bundestag, vor allem zur Ablehnung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr, ist auch weiterhin dringend erforderlich und sollte erhalten bleiben.
- Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung könnten gemeinsame Schritte zur Ausarbeitung notwendiger Materialien, Durchführung von Konferenzen u. ä. beraten werden.
- Zur Unterstützung von Aktivitäten vor Ort und zur möglichen Zusammenarbeit mit weiteren friedenspolitisch orientieren Kräften sollten gemeinsame Maßnahmen partei- und organisationsübergreifend sowohl durch den Bundesvorstand, als auch auf der Ebene von Landes- oder Kreisvorständen erfolgen.

Leiter der AG Sicherheitspolitik des Stadtverbands der Partei DIE LINKE Strausberg

W. Neidhardt